Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 3.—, ¼jährlich Mk. 9.—, durch die Post bezogen einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1.20. Reklamezeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Beilagen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Göhlitz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 9 — Freitag, den 21. Januar 1921 — 32. Jahrgang

Amtliches.

In der Woche vom 17.—23. Januar 1921 erhalten Versorgungsberechtigte

100 gr **Schweineschmalz** = 3.30 Mk.

auf den Abschnitt der Fettmarke Y.

Grimma, 18. Januar 1921. 15b Fe.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Brikett-Verkauf.

Sonnabend, den 22. Januar 1921
vormittags von 9—½12 u. nachmittags 1—4 Uhr
wird im Schirach'schen Grundstück, Bahnhofstraße 18 1 Zentner Brikett zum Preise von 17 Mk. gegen Abschneiden der rechten oberen Ecke der sämtlichen Hausbrandkohlenkarten abgegeben.

Die Kohlengrundkarten sind dabei vorzulegen.

Naunhof, am 18. Januar 1921.

Der Bürgermeister.

Verständigung?

Es klingt fast wie eine Ironie auf die ewige Veranstaltung von Konferenzen, nationalen und internationalen, mit denen die heute Regierenden sich gar nicht genug tun können, scheint aber den Tatsachen zu entsprechen, daß nicht in Brüssel, sondern während der Pause, die man zwischen die dortigen Sachverständigenverhandlungen gegen Ende des vorigen Jahres eingelegt hat, eine Annäherung der beiden Parteien, die sich in der Kriegsentschädigungsfrage bisher völlig unversöhnlich gegenüber gestanden haben, erzielt worden ist. Nach heute vorliegenden Andeutungen scheinen der französische und der englische Botschafter in Berlin in unmittelbaren Besprechungen mit unserem Minister des Auswärtigen in den ersten Tagen dieses Jahres Vorschläge gemacht zu haben, die zwar mit unseren eigenen Wünschen selbstverständlich nicht in entferntesten übereinstimmen, die aber doch erwägenswert sind und zum mindesten als Ausgangspunkt erfolgversprechender, gemeinschaftlicher Überlegungen dienen können. Wenigstens gewinnt man nach dem, was bis jetzt darüber bekannt geworden ist, den Eindruck, daß diesmal Berlin vielleicht eher zu einer Verständigung führen könnte als Brüssel.

Was bei den neuen Vorschlägen allerdings zunächst in die Augen springt, ist die Tatsache, daß uns abermals ein Verzicht auf eine der wesentlichsten Bestimmungen des Friedensvertrages zugemutet wird. Danach ist die Entente bekanntlich verpflichtet, uns spätestens bis zum 1. Mai 1921 wissen zu lassen, welche Höchstsumme sie insgesamt von uns als Kriegsschadenersatz in Anspruch nehmen will. Daß die Franzosen insbesonders bisher über die Größe ihrer materiellen Verluste noch gar nicht ins Reine kommen konnten, liegt gewiß nicht an diesen Verlusten, sondern lediglich an der Entschlossenheit ihrer Führer, diese Vertragsbestimmung als Hebel zu benutzen, mit dem sie dauernd auf die Gesamtlage Deutschlands einwirken können und sie je nach dem ihren eigenen Interessen dienstbar zu machen. Aus einer rein finanziellen Bestimmung hat man sich auf diese Weise ein moralisch-politisches Druckmittel zurechtgelegt, das man um keinen Preis der Welt aus der Hand geben möchte. Nach außen hin hat diese Umwandlung in der Weise Gestalt gewonnen, daß man erklärte, sich zunächst mit Jahresfestsetzung begnügen zu wollen, um später, je nach dem Grade der Erholung des deutschen Volkes von den wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die Ersatzschraube nur um so fester anziehen zu können. An diesem Grundgedanken ist auch bei den jüngsten Berliner Besprechungen festgehalten worden. Wenn unser Minister des Äußeren Dr. Simons ihn nicht mehr von vornherein ablehnte, sondern nach Befragung des Kabinetts wie der Fachleute aus allen Regierungsabteilungen sich bereit erklärte, über die so unmittelbar an ihn herangetretene Frage weiter zu verhandeln, so selbstverständlich unter der Voraussetzung bestimmter Gegenleistungen auf anderen Gebieten, die wiederum uns außerordentlich am Herzen liegen. Die Franzosen sollen von vorläufigen Jahresleistungen im Betrage von drei Milliarden Goldmark gesprochen haben, was selbstverständlich als gänzlich ausgeschlossen zurückgewiesen wurde. Auch bei dieser Gelegenheit kam zur Sprache, daß man sich in Frankreich noch immer von der Leistungsfähigkeit Deutschlands Vorstellungen zu machen scheint, die vor der Wirklichkeit ganz und gar nicht standzuhalten vermögen, was von der Gegenseite wohl zugegeben, aber damit entschuldigt wurde, daß nun einmal die Forderungen und Erwartungen in England und Frankreich so hoch geschraubt worden seien, und daß es nunmehr schwer sei, das Volk an geringere Siegesfrüchte zu gewöhnen. Auch darüber wurde von unserer Seite ein deutliches Wort geredet, daß man in Frankreich insbesondere immer noch sich so stelle, als hätte Deutschland so gut wie gar nichts geleistet, während in Wahrheit doch schon viele Milliarden der deutschen Werte über unsere Grenze gewandert sind. Hier müsse eine ganz andere Art der Buchung, der Anrechnung erfolgen, und zwar in ganz unmißverständlicher Weise, damit nicht immer die Leidenschaften gegen uns mit der unwahren Behauptung von unserem bösen Willen aufs neue aufgepeitscht werden können.

Ob diese Auseinandersetzungen freilich in Paris einen fühlbaren Niederschlag zeitigen werden, ist durchaus nicht ohne weiteres anzunehmen, aber immerhin, von der Gelegenheit, mit den Herren auf deutschem Boden einmal ein deutsches Wort zu sprechen, ist wenigstens Gebrauch gemacht worden, und ihr weiteres Verhalten wird ja zeigen, ob Herr Dr. Simons auch diesmal lediglich in den Wind gesprochen hat. Mit der gleichen Deutlichkeit hat er betont, daß jährliche Zahlungen keinesfalls in bar, sondern nur in Gestalt von Warenlieferungen geleistet werden könnten, womit es wohl zusammenhängt, daß neuerdings auch Hugo Stinnes mit mehreren Arbeitervertretern zur Wiederaufnahme der Sachverständigenberatungen nach Brüssel gesandt worden ist. Dort wird nun wohl zunächst der Ort sein, wo die in Berlin hergestellte leichte Annäherung der beiderseitigen Standpunkte weiter zu verfolgen ist. Die deutsche Regierung scheint jedenfalls bereit zu sein, falls die von ihr geltend gemachten Gegenseitigkeitswünsche eine entsprechende Berücksichtigung erfahren, die ihr unterbreiteten Vorschläge als neue Verhandlungsgrundlage anzunehmen. Sie würde das um so eher zu tun in der Lage sein, als zu gleicher Zeit die schon lange schwebenden Kreditverhandlungen mit Amerika dem Abschluß näher gekommen sind. Wir würden dadurch in der Lage sein, unserer Industrie dieselben Rohstoffe zuzuführen, die sie braucht, um nach Frankreich hin die ausbedungenen Warenlieferungen herstellen zu können.

Eine kleine Erleichterung also, wenn man will, zum wenigsten die Aussicht auf Entspannung. Nimmt man hinzu, daß mit Herrn Briand ein Mann an die Spitze der französischen Regierung getreten ist, der solchen Verständigungen mit Deutschland grundsätzlich nicht abgeneigt ist, so möchte man wirklich hoffen, daß nun nach endlosen Reden und Verhandlungen der Weg zu einer praktischen Verständigung, auf diesem einen Gebiete zunächst erschlossen sei. Aber wir wollen nicht vergessen, daß wir erst am Anfang dieser Ausgleichsmöglichkeit stehen, daß jeden Tag neue Zwischenfälle sich ereignen können, die diese ganz furchtsam sich hervorwagenden Keime einer wirklich auf Gegenseitigkeit beruhenden Vereinbarung wieder zunichte machen können.

Entwaffnung und Entschädigung.

Der Standpunkt der englischen Regierung.

Das Reutersche Bureau erfährt von maßgebender Seite zu der bevorstehenden Pariser Konferenz, die britische Ansicht gehe dahin, daß eine Einigung in der Entwaffnungsfrage wahrscheinlich bald gefunden werden wird, ohne daß lange Erörterungen dazu notwendig sind. Mit Bezug auf die Reparation halte man es nicht für möglich, daß irgend etwas einer endgültigen Regelung Gleichkommendes auf der Pariser Konferenz erwartet werden kann. Wahrscheinlich werde man in dieser Frage nicht über einen allgemeinen Meinungsaustausch hinauskommen.

Man sei in London der Ansicht, daß sich nichts Endgültiges ergeben kann, bevor weitere Nachrichten aus Deutschland vorliegen. In der Entschädigungsangelegenheit sei die Frage nicht nur, was die Alliierten wollten, sondern was sie bekommen könnten.

Griechenland gegenüber werde Großbritannien bestimmt große Zurückhaltung üben und Gelegenheit zu genauerer Beachtung der Entwicklung wünschen, bevor es seine Haltung, die es von jeher in der türkischen Frage eingenommen hat, ändere. Jedoch auch hier seien die englischen Bevollmächtigten zu weitesten Erörterungen bereit.

Polnische Quertreibereien.

Protest der Reichsregierung.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Nach dem Friedensvertrage ist die polnische und die deutsche Regierung gehalten, allen Abstimmungsberechtigten die Ausübung ihres Wahlrechts zu gewährleisten. Nach hier vorliegenden einwandfreien Nachrichten hat die polnische Regierung bereits jetzt den in den abgetretenen Gebieten wohnenden Oberschlesiern, soweit sie im Verdacht stehen, deutsch stimmen zu wollen, Schwierigkeiten bereitet bei der Beschaffung der Legitimationspapiere. Die polnische Regierung ist anscheinend gewillt, die Ausreise aller Stimmberechtigten zu verhindern, deren Stimmen sie nicht ganz sicher ist. Dieses Vorgehen steht im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages. Ebenso wie die deutsche Regierung den Oberschlesiern im Reiche ihr Abstimmungsrecht innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen gewährleistet, muß verlangt werden, daß auch den Oberschlesiern in Polen dieses Recht gesichert bleibt.

Die deutsche Regierung hat sich veranlaßt gesehen, deshalb bei der polnischen Regierung Vorstellungen zu erheben und die Botschafterkonferenz auf diesen Zustand hinzuweisen. Die deutsche Regierung hat auch in der Angelegenheit Brauweiler einen Protest an General Le Rond gerichtet, der durch den Fürsten Hatzfeld übergeben worden ist.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

„Im Interesse der Wahrheit."

Der französische Kreiskontrolleur von Kattowitz-Stadt sendet an die Presse eine längere Zuschrift — im Interesse der Wahrheit, wie er sagt — zur Ausweisung des früheren Reichsministers Gothein aus Oberschlesien. Diese Zuschrift enthält nichts Tatsächliches, als nur die Versicherung, daß Reichsminister Gothein von der interalliierten Behörde mit dem größten Entgegenkommen behandelt worden sei, wie es seiner Persönlichkeit und seinem Alter entsprochen habe.

Ostpreußen in Gefahr!

Den Mitgliedern des Reichskabinetts wurde ein von der Deutschdemokratischen Partei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Zentrumspartei unterzeichnetes Schreiben übermittelt, in welchem gegen die von der Entente verlangte Entwaffnung der Festungen Königsberg i. Pr., Pillau und Lötzen protestiert wird, da hierdurch die Provinz Ostpreußen jedem feindlichen Angriff wehrlos preisgegeben würde. Die gesamte Bevölkerung Ostpreußens ohne Unterschied der Partei sehe durch solche Entwaffnung die letzte Möglichkeit einer Verteidigung ihrer Heimat schwinden. Heute, wo die Gefahr von außen immer drohender werde, müsse die Reichsregierung nachdrücklichst dafür eintreten, daß die Festungen nicht entwaffnet werden.

Der „teure" Oberkommissar.

Die Kommission des Auswärtigen Amtes des Landtages von Danzig hat die Einkommenfrage des interalliierten Oberkommissars beraten. Es ist entschieden worden, daß die Kosten teils von der Stadt Danzig, teils von der polnischen Republik gedeckt werden in der Weise, daß auf jeden der beiden Teile 50 000 Frank in Gold entfallen.

Wiener Märchen.

Die von Wien verbreitete Meldung über eine Verschwörung des früheren Deutschen Kaisers und des Kronprinzen und über den von Holland angeblich ausgedrückten Wunsch, sie möchten Holland verlassen, entbehrt, wie die Niederländische Telegraphenagentur halbamtlich meldet, jeder Begründung.

Deutsches Papiergeld im Ausland.

In Beantwortung einer Frage der Entente erklärt die Reichsregierung, daß die Summen des im Ausland befindlichen Papiergeldes zusammen mit den vom Ausland gewährten Kredit auf etwa 70 Milliarden zu beziffern ist.

Deutsch-Österreich.

Frankreich und der Gesandtenposten in Berlin. Aus Wien wird gemeldet, daß in der letzten Sitzung der Großdeutschen Vereinigung Dr. Langenhan mit 15 gegen 3 Stimmen, die auf den Sektionschef Riedl entfielen, als Kandidat für den Posten des Berliner Gesandten vorgeschlagen wurde. Von französischer und tschechischer Seite sei gegen Dr. Langenhan aber entschiedener Einspruch erhoben worden. Frankreich erklärte, es müsse die Besetzung des Berliner Postens durch einen so ausgesprochen anschlußfreundlichen Politiker wie Dr. Langenhan als einen unfreundlichen Akt der österreichischen Regierung betrachten.

Belgien.

Die flämische Geistlichkeit gegen Kardinal Mercier. Wie aus Rom gemeldet wird, geht in den Kreisen des Vatikans das Gerücht, daß 227 Prälaten der flämischen Region sich an den Papst gewandt und ihn gebeten haben, den Kardinal Mercier seiner Würde zu entheben.

Holland.

Der deutsche Kronprinz unter polizeilicher Aufsicht. Die holländische Regierung hat sich veranlaßt gesehen, die Polizeiabteilung auf der Insel Wieringen, die bekanntlich der Wohnsitz des deutschen Kronprinzen ist, zu verstärken. Künftighin werden dem Kronprinzen bei jedem Ausgang zwei Polizeiagenten auf dem Rade folgen. Der deutsche Kronprinz teilte einem Pressevertreter mit, daß er gern in seinem Vaterlande für den Wiederaufbau Deutschlands sich betätigen wolle, es aber unterlassen müsse, um seinen Feinden nicht Gelegenheit zu geben, von „monarchistischen Plänen" zu sprechen.

Großbritannien.

Terroristische Sinnfeiner. In London wurden 6 Personen, von denen eine, wie man annimmt der Führer der terroristischen Sinnfeinerbewegung in England ist, im Zusammenhang mit dem vor kurzem stattgefundenen Versuch, Petroleumlager in Brand zu stecken, von bewaffneten Geheimpolizisten verhaftet. Eine Unmenge von Drucksachen wurde beschlagnahmt.

Spanien.

Einschreiten gegen die Kommunisten. Der syndikalistische Führer Jose Maria Vinelas ist in Santander eingetroffen, von wo aus er nach Dueso deportiert werden soll. 20 Gendarmen begleiteten ihn. Als die Polizei den extremistischen Syndikalisten Cadaller verhaften wollte, kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Extremisten. Revolverschüsse wurden gewechselt, und der Syndikalist Cadaller wurde tödlich verwundet. Cadaller wurde schließlich in Gewahrsam genommen.

Deutschland unter Zwangsverwaltung.

Loucheur als Liquidator.

Der neue französische Minister Loucheur, einer der starken Männer, erklärte einem Pressevertreter, man werde nicht warten, bis Deutschland sagt, daß es bankrott sei. Man werde vielmehr gleich die ganze deutsche Verwaltung

SLUB
Wir führen Wissen.